

Revolution von rechts

VON JOSEF JOFFE, z. Zt. WASHINGTON

Kann ein Staat sich selbst entmachten? Dies ist zumindest die Losung jener revolutionären Republikaner-Garde, die zum Jahresbeginn das Regiment in beiden Häusern des amerikanischen Kongresses übernommen hat - zum erstenmal seit 40 Jahren. Die Republikaner wollen nicht bloß weniger Steuern; die wollen vor allem weniger Staat. Für sie heißt das Monster Washington - aufgebläht, arrogant und nur noch sich selbst untertan. Diesem Monster sollen zumindest die Zähne ausgerissen werden, und das Zauberwort heißt limited government - an die Kette mit dem Moloch Staat!

Wie wollen das die Revolutionäre von rechts schaffen? Ganz oben auf der Agenda steht ein Verfassungszusatz, der den ausgeglichenen Haushalt zur unwiderruflichen Pflicht machen und so dem Staat die Möglichkeit rauben soll, sich per Schuldenmachen ständig zu überfressen. (Die Schulden mancher europäischen Staaten sind längst größer als das Sozialprodukt.) Das zweite Zauberwort heißt 'Devolution': Der Bund soll Vorrechte - vor allem bei den Ausgaben - an die Bundesstaaten abgeben. Drittens soll er aufhören, alles überall zu regulieren - mithin auch dem einzelnen Bürger seine angemessenen Rechte wiedergeben.

Dies wäre in der Tat eine Revolution, würde sie doch eine Entwicklung zurückschneiden, die das Wesen des westlichen Staates in diesem Jahrhundert ausmacht: dessen stete Ausdehnung mit Hilfe einer nimmer endenden Gesetzesflut und einer wuchernden Staatsquote, die in diversen europäischen Ländern - auch in Deutschland - die 50-Prozent-Marke überschritten hat. Läßt sich derlei Revolution auf unblutigem Wege verwirklichen? Die Antwort von Newt Gingrich, dem Republikanerführer im Repräsentantenhaus und Amerikas mächtigstem Mann neben Bill Clinton, ist ein leidenschaftliches 'Ja'.

Gingrichs erster Auftritt beim Sitzungsbeginn des 104. Kongresses hat seine Gewißheit kaum erschüttern können. In 14 Stunden hat er in einer beispiellosen Machtdemonstration 15 Abstimmungen durch das Unterhaus gepeitscht, die sich schon mal zu einer Revolution im Parlament summieren: Künftig darf das Repräsentantenhaus Steuern nur mit einer Dreifünftelmehrheit anheben; das 10 000 Mann starke Heer der Mitarbeiter wird um ein Drittel verringert; drei Ausschüsse und 25 Unterausschüsse werden abgeschafft; das Fernsehen darf im Dienste demokratischer Transparenz bei allen Ausschusssitzungen dabei sein; die Macht der Vorsitzenden - bislang fast Diktatoren - wird brutal beschnitten.

Gelänge ein solcher Kraftakt auch 'draußen im Lande'? Wenn ja, wäre das ein Wunder, das noch keinem Politiker gelungen ist. Mar-

garet Thatcher und Ronald Reagan, ebenfalls Revolutionäre und keinesfalls 'Konservative', haben derlei schon einmal zu ihrer Zeit versucht, doch in beiden Ländern ist die Staatsquote nur kurzfristig zurückgegangen, um hernach wieder anzuschwellen. Helmut Kohl hat es auch nicht geschafft - trotz ambitionierter Gelübde. Warum wohl nicht?

Weniger Staat, weniger Steuern, weniger Ausgaben sind inzwischen nicht nur in Amerika jedermanns Wunsch - aber bitte nur dort, wo es einem anderen an den Kragen geht, nicht mir! Zum zweiten alimentiert der moderne Wohlfahrtsstaat nicht hauptsächlich die Armen, also die Machtlosen, sondern die wahlentscheidende Mittelschicht. Und deshalb fragt höhnisch Leon Panetta, Clintons Stabschef im Weißen Haus: 'Wollen die Republikaner die Renten, die Gesundheitsfürsorge für die Älteren, die Leistungen für die Kriegsveteranen beschneiden' - also die Klientel der Republikaner? Oder die Agrarsubventionen und die Steuerbegünstigung für Hypotheken? Wer würde es in Deutschland wagen, Studiengebühren zu erheben - ist doch die Universität ein gigantisches Subventionssystem nicht für die wenigen Armen, sondern für die Kinder der Mittelschicht.

Der moderne Staat ist mächtig, weil er immer mehr Wohltaten an immer mehr Bürger ausschüttet - obwohl er ihnen just zu diesem Behufe immer mehr Geld aus der Tasche zieht. Und deshalb lautet die Grundsatzfrage: Werden die Mächtigen sich selbst entmachten - so wie es Newt Gingrich und seine jungen Kohorten lauthals proklamieren? Vorerst greifen sie nach mehr Macht, um den Moloch Staat zu entmachten. Dieses Paradox kann nicht aufgehen, auch wenn die Amerikaner, ganz anders als die Europäer, bis zum Zweiten Weltkrieg auf eine lange Geschichte zurückblicken können, wo die Zentralgewalt tatsächlich kräftig kurzgehalten wurde.

Überdies machen Gingrich und Kollegen die Rechnung ohne den Wirt namens Bill Clinton. Nach dem Debakel seiner nach links ausgeschlagenen Demokratischen Partei weiß er ganz genau, wie er 1996 die Präsidentschaftswahl gewinnen muß: eben in der Mitte. Schon hat er der Mittelschicht großzügige Steuerentlastung versprochen. Gleichzeitig aber hat er sich als deren Beschützer aufgeworfen - gegen die wilderen Zumutungen der Republikaner, die nicht nur weniger Steuern, sondern auch weniger Wohltaten verheißen. Das Fazit: Im modernen Wohlfahrtsstaat gibt es keine Revolutionen, nicht einmal in Amerika. Der gar nicht so geheime Wunsch des Bürgers ist es, sein privates Schäfchen ins trockene zu bringen - also seinen eigenen Geldbeutel auf Kosten der Gemeinschaft zu entlasten. Wehe wenn plötzlich der Wolf vor seiner eigenen Tür steht. Dann wird er verjagt - per Stimmzettel in der nächsten Wahl.